BESCHLUSS (VORLÄUFIG)

Den Regenwald schützen – Mercosur stoppen!

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Gremium:	Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	16.11.2019
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Antragstext

Den Regenwald schützen – Mercosur stoppen!

Die Wälder Südamerikas brennen. Jeden Tag verschwinden große Flächen eines einzigartigen Ökosystems für immer und der Lebensraum von Menschen wird zerstört. Die europäische Politik ist in der Verantwortung zu handeln.

Seit dem Amtsantritt des Klimawandelleugners Bolsonaro hat sich die Zerstörung des brasilianischenRegenwaldskatastrophal beschleunigt. Im Juni 2019 wurden verglichen mit dem Vorjahresmonat 88 Prozent mehr Fläche abgeholzt, im Juli stieg dieser Anteil sogar um 278 Prozent. Allein im Juli sind demnach 2.254 Quadratkilometer Wald gerodet worden, das ist so viel wie 225.000 Fußballpätze. Gestützt von einflussreichen Lobbyinteressen der Soja-, Fleisch- und Holzwirtschaft, hatte Bolsonaro angekündigt, die Amazonasregion noch stärker für die Landwirtschaft und den Bergbau erschließen zu wollen. Parallel hat er ein Klima der Straffreiheit geschaffen und so den Teppich für illegale Brandrodungen ausgerollt. Gleichzeitig wurde das Budget des Umweltministeriums für Klimaschutz von der brasilianischen Regierung um 95 Prozent gekürzt.

Die aktuelle Vernichtung von Amazonas-Regenwald raubt der indigenen Bevölkerung ihre Lebensgrundlage. Auch die allgemeine Menschenrechtslage hat sich in Brasilien unter der neuen Regierung deutlich verschlechtert. Die neue Regierung hat das Waffengesetz aufgeweicht und das Polizeigesetz verschärft. NGOs geraten mehr und mehr in das Visier der Regierung und werden überwacht. Schon im Wahlkampf hat sich Bolsonaro massiv frauenfeindlich und homophob geäußert und die Militärdiktatur verharmlost. Die Regierung ist eine Bedrohung für die Rechte von Frauen, Minderheiten und indigener Bevölkerungsgruppen. Jair Bolsonaro kündigte bereits an, weitere indigene Gebiete der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung zu öffnen und schwächt Behörden zum Schutz der indigenen Bevölkerung. Dabei kommt ihr Einsatz für den Schutz des Regenwaldes uns allen auf der Welt zugute.

Global sind die Brände eine Katastrophe für die Menschheit. Der Amazonas-Regenwald ist das größte zusammenhängende Urwaldgebiet der Welt und damit einer der wichtigsten Speicher von Kohlendioxid der Erde. Im Kampf gegen die Klimakrise ist der Wald von essentieller Bedeutung, denn er ist eines der sogenannten Kippelemente, die – wenn sie einmal zerstört sind – eine Spirale der Erderwärmung in Gang setzen können, die kaum mehr zu stoppen wäre. Der Amazonas weist die größte Artenvielfalt aller tropischen Wälder der Welt auf, die angesichts der massiven Rodungen Stück für Stück unwiederbringlich verloren geht.

Größter Treiber der Entwaldung Südamerikas ist die industrielle Landwirtschaft. Insbesondere für Weideflächen für Rinder oder Anbauflächen für Soja oder Zuckerrohr wird der Wald abgeholzt. Schon jetzt trägt der Fleischkonsum in der EU und die hohen Importe von Soja-Futtermitteln zur Abholzung bei. Auch in Argentinien wie in Paraguay wird die agrarindustrielle Umwandlung der Regen- und Trockenwälder nachdrücklich forciert. Es ist eine Agrarindustrie, die im Cerrado in Brasilien wie in der Pampa Argentiniens gewaltige Flächen mit Monokulturen überzieht. Es werden Pestizide in der sechs- bis zehnfachen Menge wie in Europa ausgebracht. Viele dieser Pestizide sind in Europa verboten.

Zahlreiche soziale und ökologischen Ziele, für die wir in Europa sehr hart ringen und die für den Erhalt unseres Planeten unverzichtbar sind, müssen wir auch in der europäischen Handelspolitik durchsetzen. Doch das ausverhandelte Abkommen der EU mit den Mercosur-Staaten
wird zu weiteren Importsteigerungen von Rindfleisch, Geflügel, Zucker und Ethanol führen und damit die Produktion in diesen Staaten weiter anheizen. Folglich steht zu befürchten, dass auch der Landraub somit durch die steigende Produktion von Agrargütern weiter vorangetrieben

wird.

Das Abkommen befeuert nicht nur die Rodungen wie im Amazonas-Regenwald weiter, sondern hilft
einer Agrarindustrie zu weiterem Wachstum, die wir in Europa mit ökologischer Förderung, mit Regeln zum Tierwohl und Grenzen beim Einsatz von Ackerchemie für den Erhalt der Biodiversität umbauen wollen. Die Europäische Landwirtschaft steht trotz Subventionen unter enormem (Preis-)Druck, da sie exportorientiert und damit an Weltmarktpreisen ausgerichtet ist. Zusätzlich zu den Importen aus den USA setzt das Mercosur-Abkommen besonders den europäischen Rindfleischmarkt nicht nur in Irland und Frankreich, sondern auch in den deutschen Mittelgebirgslagen unter Druck.

Das Nachhaltigkeitskapitel im Mercosur-Abkommen ist völlig unzureichend, um die Umwelt- und Menschenrechtsverbrechen zu verhindern oder auch nur einzudämmen sowie den Schutz von Klima
und Menschen zu gewährleisten. Im Gegensatz zu den anderen Kapiteln des Abkommens sind die
Bestimmungen im Nachhaltigkeitskapitel des EU-Mercosur-Abkommens nicht einklagbar und somit
zahnlos. Wichtige multilaterale Übereinkünfte zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, wie das Pariser Klimaabkommen oder andere Umweltabkommen werden zwar erwähnt, jedoch können
Verstöße nicht sanktioniert werden. Während die Nichteinhaltung der Handelsteile des Abkommens eine Rücknahme der darin vereinbarten Handelserleichterungen zur Folge haben kann,
kann bei Verstößen gegen das Nachhaltigkeitskapitel lediglich ein Experten-Bericht mit Empfehlungen veröffentlicht werden.

Auch wenn die meisten EU-Handelsabkommen eine Menschenrechtsklausel enthalten, die auch Sanktionen bei Nichteinhaltung erlaubt, so ist diese in ihrer derzeitigen Form nicht ausreichend und kommt fast nie zum Einsatz. Damit eine solche Klausel ihre Wirksamkeit entfaltet, muss sie Damit eine solche Klausel ihre Wirksamkeit entfaltet, muss sie

Zwischenschritte ermöglichen, also Handelserleichterungen je nach Schwere der Menschenrechtsverletzungen suspendieren. Darüber hinaus müsste sie dafür sorgen, dass das Handeln der Parteien diesbezüglich auch regelmäßig überprüft wird und ein Beschwerdemechanismus geschaffen wird, mit dem Mandat, Verstöße gegen Menschenrechtsverpflichtungen des Freihandelsabkommens zu untersuchen. Die aktuellen Menschenrechtsklauseln sind unzureichend.

Wir GRÜNE lehnen aus den genannten Gründen das Mercosur-Abkommen in dieser Form ab. Auch mehrere europäische Regierungen haben sich nach den verheerenden Bränden im Amazonas-Regenwald dagegen ausgesprochen, das EU-Mercosur-Abkommen in dieser Form zu ratifizieren. Und Finnland hat sogar einen generellen Importstopp für brasilianisches Rindfleisch gefordert. Das Österreichische Parlament hat mit großer Mehrheit eine Resolution verabschiedet, die die Regierung zu einem „nein“ zu Mercosur verpflichtet.

Wir GRÜNE fordern:

- die Bundesregierung auf, sich im Rat für einen Stopp der Ratifizierung des jetzigen Mercosur-Abkommens und Nachverhandlungen mit einem neuen Mandat einzusetzen.

- die Bundesregierung auf, sich im Rat für ein neues Verhandlungsmandat einzusetzen, das für alle handelsrelevanten Kapitel Regeln für den Schutz und Erhalt von Umwelt, Biodiversität und Klima vorsieht und zudem ein sanktionierbares Nachhaltigkeitskapitel, Vereinbarungen zum Erhalt des Amazonas Regenwaldes in seiner jetzigen Größe und einen wirksamen Beschwerdemechanismus für Menschenrechtsverletzungen enthält. **Handelserleichterungen darf es nicht für CO2 intensive Produkte geben**.

- einen europäischen gesetzlichen Rahmen, der sicherstellt, dass unsere Lieferketten frei sind von Menschenrechtsverletzungen, Abholzung von Regenwald und grenzenlosem Flächenverbrauch sowie anderen Umweltverbrechen.

- Sofortmaßnahmen für den Klimaschutz in Deutschland, um unsere Verpflichtungen nach dem Paris-Abkommen einzuhalten. Denn die Regenwälder des Amazonasbeckens leiden bereits unter den Auswirkungen der Klimakrise.

- Die Inanspruchnahme von landwirtschaftlichen Flächen im globalen Süden durch die EU-Mitgliedsstaaten zu reduzieren, zum Beispiel durch den Anbau von alternativen Futterpflanzen in der EU und stark verringerte Futtermittelimporte.

- die Bundesregierung auf, im Rahmen der Konvention über die Rechte der indigenen Völker

  die betroffenen indigenen Völker Südamerikas in ihren Rechten zu unterstützen.

- Menschenrechte dürfen nicht nur formal ein wesentlicher Bestandteil des Handelsvertrages sein, sondern müssen auch in der Praxis durchgesetzt werden.